

Antrag
der Fraktion der CDU/CSU

Bundesgrenzschutz

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Bundesgrenzschutz unverzüglich in die Lage zu versetzen, die ihn befähigt, die ihm nach dem Gesetz auferlegten Aufgaben zu erfüllen. Hierzu ist erforderlich:

1. Beendigung des Abbaus und Wiederherstellung seines Verbandscharakters,
2. Ausstattung mit Fahrzeugen, Waffen und Gerät entsprechend seiner Aufgabenstellung, insbesondere der Verzicht auf die vorgesehene Verringerung der Zahl der geschützten Fahrzeuge,
3. Maßnahmen zur Beseitigung des personellen Engpasses, der auf der neuen Ausbildungsordnung und der erheblichen Zahl von Einzelabordnungen beruht.

Bonn, den 23. August 1979

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Die Antwort der Bundesregierung vom 26. April 1978 (Drucksache 8/748) auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion ist der Versuch, die ernststen Schwierigkeiten, in denen sich der Bundesgrenzschutz befindet, zu beschönigen. Diese Schwierigkeiten konnten auch seither nicht behoben werden. Sie beeinträchtigen den Bundesgrenzschutz in der Wahrnehmung seiner gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben ganz erheblich.

So ist die Zahl der Grenzstreifen mit Kraftfahrzeugen von 46 166 im Jahre 1977 auf 31 697 im Jahre 1978 zurückgegangen, die der Grenzüberwachungsflüge mit Hubschraubern von 1716 Grenzüberwachungsflügen mit 3645 Flugstunden auf 1585 Flüge mit 3103 Flugstunden.

Die für den Einsatz des Bundesgrenzschutzes als Polizeiverband dringend erforderlichen Sonderwagen sollen nach einer Verfügung des Bundesministers des Innern drastisch von 513 auf 300 reduziert werden. Dies entkleidet die Grenzschutzbeamten des für sie lebenswichtigen Schutzes bei besonders gefährlichen Einsatzlagen.

Der Bundesgrenzschutz nimmt heutzutage fast ausschließlich Ausbildungsaufgaben und Einzeleinsätze wahr. Einsätze im Verband finden allenfalls auf der Ebene einer Hundertschaft statt. Auf Verbandseinsätze einer ganzen oder gar mehrerer Einsatzabteilungen ist der Bundesgrenzschutz nicht vorbereitet, weil Übungen im Verband in dieser Größenordnung seit Jahren nicht mehr stattgefunden haben.

Wenn der Bundesminister des Innern im Tätigkeitsbericht 1978 darlegt, daß die Ist-Stärke des BGS im Berichtsjahr mit 21 782 Polizeivollzugsbeamten einen neuen Höchststand erreicht hätte, so ist diese Aussage dahin gehend zu ergänzen, daß weniger als ein Zehntel dieser Beamten für den Einsatz im Verband verfügbar sind.